

Antrag

der Abg. Klubvorsitzender Dr. Maurer MBA und Ing. Mag. Meisl betreffend das Dienstzeitmanagement der Polizei und eine nachhaltige Besoldungsreform für Polizistinnen und Polizisten

Die Polizei ist das Rückgrat der öffentlichen Sicherheit. Tag für Tag sorgen Polizist:innen unter oft schwierigen Bedingungen für Ordnung, Schutz und Stabilität in unserer Gesellschaft. Sie stehen rund um die Uhr im Einsatz - für die Bevölkerung, für den Rechtsstaat und für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Umso unverständlicher ist es, dass ausgerechnet diese Berufsgruppe durch das neue Dienstzeitmanagement mit massiven Verschlechterungen konfrontiert ist.

Der Wegfall bewährter 24-Stunden-Dienste, eine steigende Anzahl an verpflichtenden Planwochenenden sowie die deutliche Reduktion von Journaldienststunden führen nicht nur zu einer spürbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern auch zu erheblichen Einschnitten beim Einkommen. Auch die geplante Einführung von Planungsverbänden wird den Anforderungen eines modernen und effizienten Polizeidienstes nicht gerecht. Anstatt Vereinfachung und Entlastung zu bringen, drohen zusätzliche Komplexität, geringere Planbarkeit und weitere Belastungen für die Bediensteten.

Besonders gravierend ist der Realeinkommensverlust von monatlich ungefähr € 500,- bis € 700,- netto, der sich durch den Wegfall von Mehrdienstleistungen ergibt. Für viele Betroffene bedeutet dies eine massive finanzielle Einbuße - trotz gleichbleibend hoher oder sogar steigender Belastung im Dienst. Wer mehr leistet, darf nicht weniger verdienen.

Gleichzeitig offenbart das derzeitige Besoldungssystem ein grundlegendes strukturelles Problem: Ein erheblicher Teil des Einkommens besteht aus Zulagen und Nebengebühren. Diese sind weder verlässlich planbar noch ausreichend ruhegenussfähig.

Das führt dazu, dass engagierte Polizeibedienstete nicht nur im aktiven Dienst benachteiligt sind, sondern auch im Ruhestand finanzielle Nachteile erleiden.

Diese Entwicklungen sind ein falsches Signal - sowohl an die bestehenden Kräfte als auch an potenzielle Nachwuchskräfte. Wer Sicherheit fordert, muss auch für faire Bedingungen sorgen. Es muss das Ziel verfolgt werden, die bestehenden Missstände rasch zu beheben, Einkommensverluste zu verhindern und den Polizeiberuf wieder attraktiver und zukunftssicher zu gestalten. Daher bedarf es einer sofortigen Kurskorrektur beim Dienstzeitmanagement sowie einer nachhaltigen Besoldungsreform für Polizist:innen. Ziele dieser Maßnahmen sind eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Stärkung der finanziellen Sicherheit der Polizist:innen sowie die Sicherstellung einer langfristigen Funktionsfähigkeit der

Polizei. Eine starke Polizei braucht nicht nur klare gesetzliche Rahmenbedingungen, sondern vor allem faire Arbeitszeiten und eine gerechte Bezahlung. Wer täglich für Sicherheit sorgt, darf selbst nicht mit Unsicherheit leben müssen. Es ist daher höchste Zeit für eine klare politische Entscheidung: für Wertschätzung, für Fairness und für eine zukunftsfähige Polizei.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten,

1. das Konzept zum neuen Dienstzeitmanagement im Polizeibereich umgehend zu evaluieren und zu korrigieren und dabei insbesondere folgende Maßnahmen sicherzustellen:
 - vollständiger Ausgleich der geplanten Realeinkommensverluste von € 500,-- bis € 700,-- netto monatlich;
 - Wiedereinführung bzw. Ermöglichung flexibler Dienstzeitmodelle, insbesondere die Leistung von freiwilligen 24-Stunden-Diensten;
 - kein verpflichtendes zweites Planwochenende, um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern;
 - zur Gewährleistung des derzeitigen Einkommens weiterhin 28 Journaldienststunden zu erbringen;
 - kritische Neubewertung der Planungsverbände mit dem Ziel, zusätzliche Belastungen und Ineffizienzen zu vermeiden.

2. sich für eine tiefgreifende Besoldungsreform im Polizeidienst einzusetzen, die folgenden Grundsätzen entspricht:
 - eine spürbare und nachhaltige Anhebung des Grundgehalts, um Einkommensverluste wirksam abzufedern;
 - ein Ende der übermäßigen Abhängigkeit von Zulagen, Nebengebühren und Mehrdienstleistungen zur Sicherstellung eines existenzsichernden Einkommens;
 - eine deutliche Ausweitung der Ruhegenussfähigkeit der Bezüge, um auch im Alter finanzielle Sicherheit zu gewährleisten und
 - ein transparentes, gerechtes und planbares Entlohnungssystem, das Leistung anerkennt und verlässlich abbildet.

Dieser Antrag wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 29. April 2026

Dr. Maurer MBA eh.

Ing. Mag. Meisl eh.